

ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
(Ed.)

Article

Eröffnungskonferenz: Klimawandel, Corona, Krieg – steht die Soziale Marktwirtschaft vor einer Zeitenwende?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München (Ed.) (2022) : Eröffnungskonferenz: Klimawandel, Corona, Krieg – steht die Soziale Marktwirtschaft vor einer Zeitenwende?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 75, Iss. 11, pp. 63-68

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/272076>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eröffnungskonferenz

Klimawandel, Corona, Krieg – steht die Soziale Marktwirtschaft vor einer Zeitenwende?

Über 30 Wissenschaftler*innen folgten der Einladung von Sarah Necker, der neuen Leiterin des Ludwig Erhard ifo Zentrums für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik, nach Fürth. Gemeinsam wollten sie eine Bestandsaufnahme vornehmen, wo die Soziale Marktwirtschaft als Leitbild einer modernen Gesellschaft steht und inwiefern sie sich als Rahmen eignet, Herausforderungen anzugehen, die zu Zeiten Ludwig Erhards noch nicht existierten: etwa die aktuellen Krisen, den Klimawandel oder die digitale Transformation. Folgende Themen wurden im Einzelnen vorgetragen und diskutiert:

PANEL 1: DETAILSTEUERUNG ODER ORDNUNGSPOLITIK: WIE VERÄNDERN KRISEN DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK?

Moderation David Stadelmann (Universität Bayreuth); Vortragende: Wolf Reuter (Bundesministerium der Finanzen), Nadine Riedel (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Thies Büttner (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

Ist angesichts der Inflation die Ära der nachfrageorientierten Finanzpolitik zu Ende?

Die Verbraucherpreise und das Wachstum des BIP entwickeln sich in Deutschland derzeit stark gegenläufig. Ein Vergleich mit den USA zeigt, dass dort die Preissteigerungen sehr stark durch den Binnenmarkt getrieben sind. In Deutschland und Europa hingegen spielen die (importierten) Energiekosten eine dominierende Rolle. Speziell in Deutschland sind eine ungünstige demografische Entwicklung, Knappheiten durch Friktionen in den Lieferketten, steigende Kosten, die für die Auswirkungen des Klimawandels aufgewendet werden müssen, sowie sinkende Produktivität zu beobachten. All das sind Faktoren, die nach Ansicht der anwesenden Wissenschaftler*innen darauf hindeuten, dass eine nachfrageorientierte Politik in Deutschland künftig keine Wachstumsimpulse setzen wird. In einer solchen Situation halten sie politische Maßnahmen vielversprechend, die zunächst die aktuelle Krisensituation stabilisieren. Langfristig könnte eine Angebotspolitik wirken, die selbsttragendes Wachstum ermöglicht. Einigkeit bestand auch darüber, dass das Herstellen von fiskalpolitischer Resilienz hilfreich ist.

IN KÜRZE

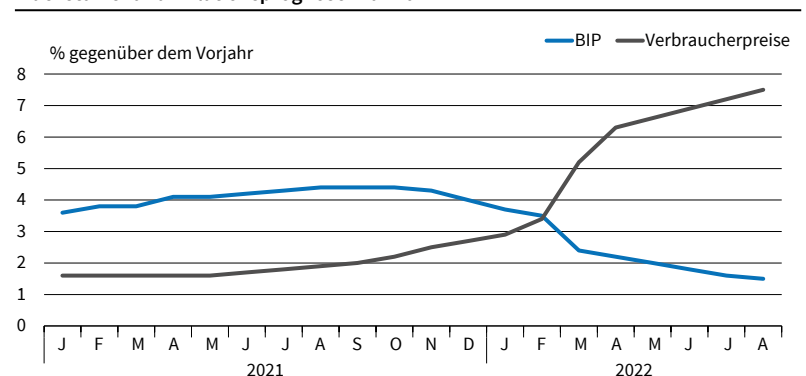
Die Eröffnungskonferenz des Ludwig Erhard ifo Zentrums für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik brachte erstmalig in Fürth Ökonom*innen zusammen, die sich wissenschaftlich mit der Weiterentwicklung des Leitbilds »Soziale Marktwirtschaft« auseinandersetzen. Sie diskutierten in vier Panels, welchen neuen Herausforderungen sich eine moderne Soziale Marktwirtschaft in aktuellen Krisen stellen muss. Die Kernthemen waren die Rolle des Staates, die Veränderung von geoökonomischen Strukturen durch Krisen, gesellschaftliche Veränderungen durch Krisen und der Einfluss von Krisen auf die Reformwilligkeit der Politik.

Dazu gehört unter anderem zumindest mittelfristig das Zurückfahren der Staatsverschuldung.

Wie sollen öffentliche Haushalte im Hinblick auf höhere Rüstungsausgaben strukturiert werden?

Der Krieg in der Ukraine hat eine radikale Abkehr von der bisherigen deutschen Politik im Hinblick auf Verteidigungsausgaben bewirkt (»Zeitenwende«). Neue Maßgabe ist es, das NATO-Ziel zu erreichen: 2% des BIP pro Jahr sollen in Rüstungsausgaben fließen. Zentrale Frage ist, ob das Sondervermögen Bundeswehr ein schnell wirkendes und effizientes Instrument ist, um diese neue Ausgabe zu stemmen. Das Sonder-

Abb. 1
Wachstums- und Inflationsprognosen für 2022



Quelle: Consensus Economics.

© ifo Institut

vermögen wird in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Es gibt Argumente, die dagegensprechen, es aus der laufenden Haushaltsplanung zu nehmen. Grundsätzlich wird die Verteidigung als eine politische Kernaufgabe gesehen. Das Sondervermögen entzieht sich jedoch der parlamentarischen Kontrolle. Die Stimulierung des Marktes über dieses Budget könnte zu steigenden Marktpreisen im Rüstungssektor führen. Es könnte außerdem falsche Anreize setzen und das Versickern der Finanzierung in ineffizienten Projekten fördern. Es gibt in der Diskussion aber auch Argumente pro Sondervermögen: Dass die Erträge der Investitionen in der Zukunft liegen, spräche dafür, die Maßnahme aus dem jährlichen Planungsturnus herauszunehmen. Die Festlegung auf fünf Jahre schafft darüber hinaus Planungssicherheit für Investoren, die für die Nachhaltigkeit der Maßnahme über eine Legislaturperiode hinaus wichtig ist.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Ausnahme staatlicher Investitionen von der Schuldenbremse problembehaftet ist, nicht zuletzt, weil dies den Weg für exzessive Verschuldung ebnet.

Welchen Wert haben Schuldenbremse und Co. nach den Krisen?

Der Diskussion, ob die Schuldenbremse abgeschafft werden soll, liegt eine paradoxe Situation zugrunde. Auf der einen Seite ermöglicht man es dem Staat, Schulden aufzunehmen, auf der anderen Seite begrenzt man die Kreditaufnahme durch eine Schuldenbremse. Gerade in einer Krise kommt der Möglichkeit, Schulden aufzunehmen, eine zentrale Rolle zu. Der Staat hat dadurch die Möglichkeit, Mittel in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren, um die Krisenfolgen ab-

zufedern. Sie haben sich besonders gut bewährt, um Schwankungen im Rahmen konjunktureller Zyklen auszugleichen. Die Situation einer »Dauerkrise«, wie sie im Moment vorherrscht, ist hingegen nach Ansicht der Diskutierenden neu zu bewerten. Hier zeigt sich, dass bei kontinuierlicher Neuverschuldung die Zinslasten überproportional steigen. Diese dann ebenfalls über Schulden zu finanzieren, ist riskant. In Deutschland besteht außerdem das Risiko eines erheblichen Glaubwürdigkeitsverlusts der Politik in der Gesellschaft, wenn man die Schuldenbremse abschafft – unter anderem auch deswegen, weil sie in der Verfassung verankert ist.

Eine Schuldenbremse bzw. Fiskalregeln haben sich auch im europäischen Kontext bewährt. Auch wenn sie nicht immer exakt eingehalten werden, ist das Symbol der Selbstverpflichtung wichtig. Studien haben gezeigt, dass die Verschuldung bei Regionen, die eine Schuldenbremse haben, immer um diesen Wert herum oszillieren. Sie können also auch sinnvoll sein, wenn sie weniger den Charakter einer verbindlichen Regel haben, sondern eines Richtwertes. Darüber hinaus gibt es derzeit keine Evidenz dazu, welche Risiken es für Europa hätte, wenn man die Verschuldungsregeln komplett abschafft.

PANEL 2: ABSCHOTTUNG ODER GLOBALISIERUNG: WIE VERÄNDERN KRISEN DIE GEOÖKONOMISCHEN STRUKTUREN?

Moderation: Vera Eichenauer (ETH Zürich), Vortragende: Karen Pittel (ifo Institut), Inga Heiland (Kiel Institut für Weltwirtschaft), Clemens Fuest (ifo Institut)

Wie lässt sich die globale Gemeinschaft zur Bewältigung des Klimawandels bewegen?

Die Bereitschaft, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, ist sichtbar: Mehr als 100 Länder haben sich dazu bereit erklärt, bis 2050 Klimaneutralität herzustellen. Die reale Entwicklung ist jedoch bislang noch nicht so ermutigend: Die Emissionen gingen während der Coronakrise kurzfristig zurück, steigen nun aber wieder. Die Schwellen- und Entwicklungsländer sind noch zu wenig in die Diskussion involviert. Sie steuern zwar derzeit noch wenig zu den weltweiten Emissionen bei (4% mit 17% der Weltbevölkerung), deren Emissionen wachsen allerdings am schnellsten. Deswegen sollten sie mit finanziellen Mitteln dabei unterstützt werden, ebenfalls Klimaneutralität anzustreben. Kurzfristig stehen die Bemühungen um den Klimaschutz in Europa vor neuen und ungeplanten Herausforderungen: Zur Überbrückung der Versorgung in der Gaskrise greifen viele Länder wieder verstärkt auf fossile Energieträger zurück. Für die Betreiber von Kraftwerken herrscht hohe Unsicherheit, wie nachhaltig die ungeplante Förderung und Nutzung sein wird. Das schlägt sich kurzfristig auf die Preise nieder, was die Verfügbarkeit staatlicher finanzieller Mittel zur

NEUE FORSCHUNG AM NEUEN STANDORT

Das ifo Institut, die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und die Stiftung Ludwig-Erhard-Haus haben sich in einer auf Dauer angelegten Kooperation verbunden und das in Fürth ansässige »Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik« gegründet. Ziel der Forschung ist es, die bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft im wissenschaftlichen Diskurs weiterzuentwickeln, um auf dieser Grundlage politische und gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen zu können. Ermöglicht wurde die Gründung durch eine Zuwendung der Friede Springer Stiftung. Im Juni 2022 hat das neue Forschungszentrum unter der Leitung von Prof. Dr. Sarah Necker seine Arbeit aufgenommen. Am 23. September fand die offizielle Eröffnungsfeier mit anschließendem Empfang der Bayerischen Staatsregierung statt.

Bewältigung der Krise schmälert. Mittelfristig scheint sich das Instrument der CO₂-Bepreisung weltweit in vielen Regionen durchzusetzen. Fraglich ist, ob und wann aus den einzelnen Initiativen ein globaler Emissionshandel werden kann. Ein Problem sind divergierende Vorstellungen darüber, wer wie viel emittieren darf. Langfristig wäre ein »Klimaclub« alternativlos. Da die EU, China und die USA den Großteil der Emissionen verursachen, wären diese Regionen die naheliegenden Gründungsmitglieder. Diese Staaten würden ein Handelsabkommen abschließen, in dem sie sich zu ähnlich starken Maßnahmen zur Emissionssenkung verpflichten würden.

Sollte der Handel mit Autokratien künftig eingeschränkt werden?

Schon während Corona hatten viele Branchen mit Friktionen und Engpässen in ihrer Lieferkette zu kämpfen. Das bedeutet, dass die Risiken bei der Handelspolitik neu bewertet werden müssen. Für die Politik steht insbesondere der Handel mit Autokratien nach dem Gaslieferstopp Russlands auf dem Prüfstand. Vorrangiges Ziel der Handelspolitik war es in den vergangenen Jahren, den Austausch von Waren und Dienstleistungen effizienter zu machen. Daneben versprach man sich unter dem Motto »Handel durch Wandel« politische Ziele zu erreichen, wie Hilfe zur Öffnung, Beachtung von Menschenrechten oder Demokratisierung.

Diese ethischen Ziele sind selten Realität geworden (Beispiel China, Russland). Seit der Coronakrise ist zudem das Ziel der Resilienz (Stabilisierung der Lieferketten) nach vorne gerückt. Wie stark soll und kann die Politik welche Ziele einfordern oder beeinflussen? Sinnvoll sind stabile internationale Rahmenbedingungen (z.B. erneute Stärkung der WTO), das Beseitigen von Externalitäten (z.B. Informationsmangel), aber auch gezielte Diversifizierung der Handelsbeziehungen. Kontrovers wurde diskutiert, inwieweit ethische oder klimapolitische Ziele Bestandteil der Handelspolitik sein sollen bzw. ob sie sich überhaupt aus dem Prozess heraushalten lassen. Gezielte Regulierung (z.B. das Lieferkettengesetz) versucht, ethische Standards mit einzubeziehen. Maßnahmen wie Nearshoring und Friendshoring sind aus einer rein ökonomischen Perspektive kritisch zu bewerten. Sie stehen oft im Konflikt mit Risikodiversifizierung. Friendshoring würde den Handel mit Autokratien zwar ausklammern. Manche »Friends« entwickeln sich über die Zeit allerdings zu Risiken (Trump-Regierung). Fraglich ist, ob die Politik darauf schnell genug reagieren kann und sollte.

Wie stark sind die Abhängigkeiten der EU von den USA und China?

Das Stichwort »Geoökonomie« beschreibt die politischen und die ökonomischen Beziehungen von Regionen weltweit. Diese strategische Sichtweise gewinnt

für Deutschland und Europa zunehmend an Bedeutung, wie bereits in der Pandemie sichtbar geworden ist. Beziehungen können zu Abhängigkeiten werden, wenn kritische Rohstoffe knapp werden und sprunghaft gestiegene Nachfrage, z.B. nach medizinischen Erzeugnissen (Schutzmasken) nicht bedient werden können. Studien des ifo Instituts haben den Begriff der Abhängigkeit näher untersucht. Länder und Regionen können z.B. durch Exporte, Importe, Rohstoffe, aber auch durch Direktinvestitionen voneinander abhängig sein. Die Zielrichtung ist dabei nicht immer eindeutig: Ein Hafen in Griechenland in der Hand eines chinesischen Investors begründet keine Abhängigkeit von China, da der Hafen notfalls enteignet werden kann. Chinesische Telekommunikationsinfrastruktur hingegen stellt wegen fehlenden eigenen Know-hows eine Abhängigkeit dar, die ein strategisches Risiko ist. Es ist nicht sinnvoll, die Abhängigkeiten an dem Kriterium »Autokratie« festzumachen: Denn kritische Rohstoffe von einem Land mit geringer Wirtschaftsmacht zu beziehen, ist weniger risikoreich als von einem mit starkem Einfluss, da das mächtige Land über einen größeren politischen Hebel für Verhandlungen verfügt. Problematisch ist, dass nicht klar ist, wer sich systematisch um geoökonomische Risiken kümmern muss. Es bedarf eigentlich einer systematischen Beschäftigung der Politik mit strategisch wichtigen Initiativen statt einer punktuellen Bearbeitung von Themen (z.B. EU-Halbleiterinitiative).

PANEL 3: POLARISIERUNG ODER WILLKOMMENSKULTUR: WIE VERÄNDERN DIE KRISEN DIE GESELLSCHAFT?

Moderation: Carla Krolage (ifo Institut); Vortragende: Lisa Windsteiger (Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen), Philipp Lergetporer (TU München), Panu Poutvaara (ifo Institut)

Welchen Einfluss haben Krisen auf die Fehlwahrnehmung und politische Präferenzen?

Krisen können das Vertrauen in Institutionen und die Politik erschüttern. Untersuchungen zeigen, dass die Frage nach einer bestimmten Politik oftmals von der individuellen Betroffenheit abhängig ist: Wer negativ betroffen ist, findet sie falsch. Wem sie nützt, stimmt eher zu. Dies fördert die Spaltung der Gesellschaft. Die gesellschaftliche Polarisierung ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Dies liegt zum einen an den sozialen Medien, deren Algorithmen den Nutzer*innen oftmals Inhalte vorschlagen, die die eigenen Ansichten verstärken und die daher Menschen in ihren jeweiligen Bubbles unterhalten. Dadurch geht aber ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Kommunikation verloren. Menschen kommunizieren mit Menschen, die bereits dieselbe Meinung teilen und weniger mit anderen Gesellschaftsgruppen, die vielleicht andere Standpunkte haben. Krisen verschlimmern das Ausein-

anderdriften der Gesellschaft tendenziell. Wenn ein Teil der Gesellschaft besonders stark von den Auswirkungen einer Krise betroffen ist oder sich von den Maßnahmen der Politik benachteiligt, nicht gehört oder nicht gesehen fühlt, sind diese Menschen dann tendenziell empfänglich für vermeintlich einfache Lösungen von Populisten.

Welchen Einfluss haben Krisen auf Bildungssysteme und Bildungserfolge?

Bildung und Bildungsgerechtigkeit sind zentrale Bestandteile der Sozialen Marktwirtschaft. Sie tragen dazu bei, das Versprechen von Wohlstand durch Wachstum und einem sozialen Ausgleich einzulösen. Die Coronakrise hat das Bildungssystem in Deutschland schwer erschüttert. Die Schulschließungen führten laut ifo Bildungsbarometer allein im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 dazu, dass Schulkinder im Durchschnitt fast vier Stunden am Tag weniger mit Lernen und schulischen Aktivitäten verbracht haben. Dafür haben Schüler*innen mehr Zeit mit Handy, Computer und Fernsehen verbracht. Auch während des zweiten Lockdowns 2021 haben sie durchschnittlich mehr als drei Stunden weniger mit schulischen Aktivi-

täten verbracht. De facto hat sich die Lern- und Schulzeit während der Pandemie halbiert. Hinzu kommt, dass leistungsschwache Kinder besonders stark von der Lernzeitverlusten betroffen waren. Die langfristigen Folgen dieser Krise wiegen schwer – nicht nur individuell für die Kinder, sondern auch für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Nichts ist in der Bildungsökonomik so gut erforscht, wie der Zusammenhang von Bildung und späteren Erfolg im Berufsleben. Die Lernrückstände, die eine ganze Generation an Heranwachsenden mitgenommen haben, werden nur schwer aufholbar zu sein. Ihre Folgen werden sich langfristig bemerkbar machen. Herausforderungen, wie der Fachkräftemangel oder der demografische Wandel werden dadurch weiter verschärft.

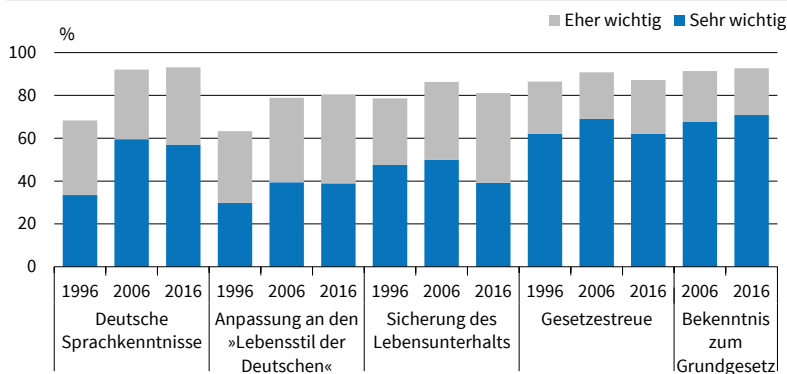
Welche Lehren lassen sich für die Zukunft des Bildungssystems ziehen? An wissenschaftlichen Erkenntnissen und forschungsbasierten Reformvorschlägen fehlt es nicht. Auch die Bevölkerung ist laut Umfragen grundlegenden Reformen im Bildungssystem gegenüber offen. Die Bildungspolitik in Deutschland zeigt sich jedoch reformresistent. Bildungspolitische Entscheidungen werden oft ohne wissenschaftliche Grundlage getroffen.

Wie offen ist die Bevölkerung gegenüber steigenden Migrationswellen?

Das Thema Zuwanderung wird häufig sehr kontrovers diskutiert. Zuletzt hatte die Debatte um Abschottung versus Willkommenskultur während der Flüchtlings- und Migrationskrise 2015/2016 ihren Höhepunkt erreicht. Durch den aktuellen Krieg in der Ukraine rückte das Thema Flüchtlinge und Migration erneut in den Fokus. Wie offen ist die deutsche Gesellschaft gegenüber steigenden Migrationswellen? Im Jahr 1996 nannte eine Mehrheit der Bevölkerung eine deutsche Abstammung oder die Geburt in Deutschland als wichtiges Kriterium für die Vergabe eines deutschen Passes. Im Jahr 2016 waren es nur noch ca. 20%. Gleichzeitig spielen heute Sprachkenntnisse und die Anpassung an den »Lebensstil der Deutschen« nach Ansicht der Befragten eine größere Rolle als vor 20 Jahren (vgl. Abb. 2). Auch die Kontakte von Deutschen zu Ausländer*innen in Familie, Nachbarschaft, Arbeit und Freundeskreis sind deutlich häufiger geworden – sowohl im Westen als auch im Osten (vgl. Abb. 3). Und natürlich ist die deutsche Gesellschaft heute auch vielfältiger und diverser als noch vor 50 Jahren.

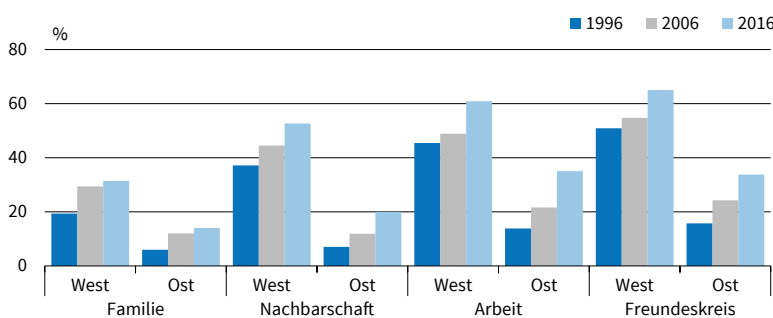
Das bedeutet nicht, dass Diskriminierung heute kein Problem mehr ist. Studien zeigen, dass sich Personen mit türkischem Nachnamen häufiger um einen Ausbildungsplatz bewerben mussten als Menschen mit »typisch deutschen« Nachnamen, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, obwohl sie den gleichen Lebenslauf haben. Bewerber*innen mit schwarzem Phänotyp wurden seltener kontaktiert als jene mit einem asiatischen oder weißen Phänotyp. Die Deutschen scheinen sich außerdem wieder mehr

Abb. 2 Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit



Quelle: Sachverständigenrat für Integration und Migration (2021). © ifo Institut

Abb. 3 Kontakte zu Ausländerinnen und Ausländern^a



^a Repräsentative Befragung von deutschen Staatsangehörigen über 18 Jahren. Angegeben ist der Anteil derjenigen, die die Frage »Haben Sie persönliche Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern?« für den jeweiligen Bereich mit »ja« beantwortet haben. Quelle: Sachverständigenrat für Integration und Migration (2021). © ifo Institut

Sorgen über die Zuwanderung nach Deutschland zu machen. Das ist problematisch, weil die Einstellung der Bevölkerung bei der Integration eine wichtige Rolle spielt, vor allem auf lokaler Ebene.

PANEL 4: KONSERVATIV ODER PROGRESSIV: WIE VERÄNDERN KRISEN DIE REFORMWILLIGKEIT DER POLITIK?

Moderation: Sarah Necker (ifo Institut); Vortragende: Friedrich Heinemann (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim), Andreas Peichl (ifo Institut), Regina Riphahn (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

Wie sollten Effizienz- und Verteilungsziele bei Reformen in Krisenzeiten abgewogen werden?

»Never let a good crisis go to waste« – hinter diesem Zitat von Winston Churchill steht der Gedanke, dass Krisen oft schwierige politische Schritte ermöglichen, die zuvor noch undenkbar oder zumindest sehr unwahrscheinlich erschienen. Sie eröffnen Chancen für politische Reformen und der damit verbundene Druck ermöglicht, sie in einer relativ kurzen Zeit umzusetzen. Reformen allein versprechen jedoch noch keinen Erfolg. Die zentrale Frage ist, wie sie ausgestaltet sind. Dabei sind marktorientierte Reformen oftmals nur schwer durchzusetzen, auch wenn es eine umfassende Evidenz gibt, dass sie den allgemeinen Wohlstand mehren werden. Eine Ursache hierfür sind Verteilungskonflikte, die sich aus solchen Reformen ergeben. Die Wahrnehmung potenzieller Reformverlierer spielt in politischen Reformdebatten oftmals eine gewichtige Rolle: Im Gegensatz zu den vermeintlichen Gewinnern bekommen Verlierer ein mediales Gesicht. Es entsteht eine Wahrnehmungsverzerrung mit Blick auf die Fairness von Folgen marktwirtschaftlicher Reformen. Hinzu kommt, dass in Krisenzeiten Kurzfristprobleme stärker in den Vordergrund rücken. Es geht um kurzfristiges Überleben »um jeden Preis«, ohne langfristige Folgen angemessen zu bedenken. Wie mit dieser doppelten Asymmetrie – Wahrnehmungsverzerrungen zwischen Reformgewinner und -verlierer einerseits sowie Fokus auf Kurzfrist- statt Langfristfolgen von Krisen andererseits – umgehen? Eine Antwort wäre, die Wahrnehmung der Reformgewinner zu steigern, indem man diesen ebenfalls ein mediales Gesicht gibt. Dies kann über einen besseren Transfer von ökonomischem Wissen geschehen. Studien haben ergeben, dass die Vermittlung von Information z. B. gegen ein verzerrtes Bild der Digitalisierung als Job-Killer hilft. Zudem müssen im kurzfristigen Krisenmanagement, Langfristfolgen stärker berücksichtigt werden. Dazu zählt insbesondere, Kriseninstrumente auslaufen zu lassen, wenn diese nicht mehr benötigt werden. Ein Beispiel aus der Coronakrise ist das Kurzarbeitergeld. In der Krise und im Lockdown war es ein effektives Instrument, um die unmittelbaren

Pandemiefolgen abzumildern. Es aber auch noch im Frühjahr 2022 auszahlend, führt langfristig zu einer Zombifizierung der Unternehmen.

Wie können Reformen im Dauerkrise-Modus gelingen?

Der ehemalige US-Präsident John F. Kennedy hat darauf hingewiesen, dass sich das chinesische Schriftzeichen für das Wort Krise aus den Worten »Gefahr« und »Chance« zusammensetzt. Er sieht darin einen Reformauftrag für die Politik in Krisenzeiten. Wie kann das gelingen, und welchen Beitrag kann die wirtschaftswissenschaftliche Forschung dazu leisten? Die wichtigste Voraussetzung ist, dass man starke Führungspersonalitäten hat, die vorangehen, die politische Entscheidungen treffen, die auch unpopulär sind – ohne an die nächste (Wieder-)Wahl zu denken. Die politikorientierte Wirtschaftsforschung kann zudem Optionen aufzeigen, wie etwa Steuerreformen ausgestaltet werden können, die aufkommensneutral für den Staatshaushalt sind und die diejenigen be- und entlasten, die be- und entlastet werden sollen. Die Definition dieser Gruppen ist natürlich normativ und muss politisch getroffen werden. Für die Umsetzung dieser Entscheidungen ist Kommunikation sehr wichtig: Warum macht man die Reform? Warum trifft man welche Entscheidungen, wer ist davon wie betroffen? Zudem müssen die Maßnahmen wissenschaftlich evaluiert werden. Real-Labore können hier sehr sinnvoll sein, wo man erst im Kleinen anfängt, experimentiert und dann nachsteuert, bevor man eine Politikmaßnahme bundesweit ausrollt.

Wie sollte wirtschaftspolitische Beratung aussehen, damit sie Gehör findet?

In Krisenzeiten sind wissenschaftliche Erkenntnisse wichtiger denn je. Kritische Stimmen sagten in der Coronakrise, »die Politik« würde zu wenig auf »die Wissenschaft« hören. Wie muss eine auf wissenschaftlicher Evidenz basierende Politikberatung daher aussehen, damit sie bei den politischen Akteuren Gehör findet? Antworten auf diese Frage liefert eine Studie der Leopoldina (Seidel 2021). Bundestagsabgeordnete und ihre Mitarbeitenden wurden gefragt, welche Anforderungen sie an wissenschaftliche Erkenntnisse für die politische Entscheidungsfindung haben. Die gute Nachricht: Das Vertrauen seitens der Politik in wissenschaftliche Erkenntnisse ist groß bis sehr groß. Mangelnde Aktualität oder die Verfügbarkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen wird lediglich von jedem/jeder vierten Abgeordneten als Hemmnis benannt. Fast alle Abgeordnete sagen jedoch, sie haben zu wenig Zeit, sich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu beschäftigen. Eine Mehrheit sagt, Forschungsergebnisse seien oft zu wenig verständlich und der Nutzen für die Praxis nicht erkennbar. Im Zweifel liegt es nicht an den wissenschaftlichen

Erkenntnissen per se, sondern an der Art und Weise, wie diese aufbereitet werden. Die Anforderungen der Politiker*innen sind klar: Sie brauchen kurze, am besten redaktionell bearbeitete Texte mit den zentralen Ergebnissen und praxisnahen Handlungsempfehlungen, gegebenenfalls mit allgemeinverständlich formulierten Langfassungen. Transparenz und eine klare Trennung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und abgeleiteter Handlungsempfehlung ist ebenfalls von zentraler Bedeutung. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist auch das richtige Timing: Jedes Thema hat seine Zeit; jede Krise eröffnet die Chance für Reformen; und für manche Reformen fehlt einfach noch die passende Krise.

REFERENZEN

Sachverständigenrat für Integration und Migration (2021), *Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht, Jahresgutachten 2021*, SVR, Berlin, verfügbar unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/05/SVR_Jahresgutachten_2021_barrierefrei-1.pdf.

Seidel, K., H. Verbeek, S. Fessel und F. Meer (2021), *Nutzen von wissenschaftlicher Evidenz – Erwartungen an wissenschaftliche Expertise*, Bericht über eine Bundestagsbefragung im Rahmen der Leopoldina-Evidenzinitiative unter Leitung von Regina T. Riphahn und Monika Schnitzer, Diskussion Nr. 27, Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Halle (Saale), verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Diskussionen/2021_Diskussionspapier_Wissenschaftliche_Evidenz_Web.pdf.